

Wider die Ethnisierung von Politik

Wie österreichische Parteien zur Ethnisierung von Politik beitragen und internationale Konflikte importieren anstatt durch eine aktive Außenpolitik etwas zu ihrer Lösung beizutragen.

Strache versucht es derzeit mit den Serben. Mit dem von Konstantin Dobrilovic geführten neuen FPÖ-Vorfeldorganisation "Christlich-Freiheitliche Plattform für ein freies Europa souveräner Völker" (CFP) sollen nationalistische Serben in ihrem Kampf gegen den Islam unterstützt werden und dafür im Gegenzug die serbische Bevölkerung Österreichs an die FPÖ binden.

Außerdem hat die FPÖ nun eine weitere Zielgruppe ausgemacht: die Kurden. Schließlich gibt es auch hier einen gemeinsamen Feind. Schon zu Newroz 2009 organisierte ein Funktionär des Dachverbands der PKK-nahen Kurden aus der Türkei (FEYKOM) eine Solidaritätsreise für den FPÖ-Europaparlaments-Abgeordneten Andreas Mölzer, samt Entourage. Ende Mai 2010, zu diesem Zeitpunkt längst Gemeinderatskandidat der SPÖ, organisierte besagter Funktionär erneut die Kontakte für eine FPÖ-Delegation nach Türkisch-Kurdistan. Und Ewald Stadler vom BZÖ versucht einstweilen in der armenischen Szene anzudocken und begab sich dafür auch schon auf Gedenkfeiern der armenischen Gemeinde vor dem Franz Werfel-Denkmal im Schillerpark in Wien.

Mobilisierung von Ressentiments

Wahltaktisch klüger, weil mehr Wählerstimmen versprechend, dockt die ÖVP hingegen schon seit längerem bei türkischen Nationalisten an, die sich wiederum die Leugnung des Genozids an den Armeniern auf ihre Fahnen heften. Zu den Nationalratswahlen 2006 affichierte der ÖVP-Bezirksrat Mustafa Iscel Plakate in türkischer Sprache, in denen er versprach, dass sich die ÖVP gegen eine Anerkennung des Genozids an den Armeniern einsetzen würde. Iscel ist immer noch Bezirksrat und wurde bei den letzten Wirtschaftskammer-Wahlen als prominenter Kandidat für die türkischen Unternehmer plakatiert. Ansonsten versucht die ÖVP in der türkischen Szene vor allem bei den Anhängern Fethullah Gülen türkische Wähler zu mobilisieren. Das darin sehr stark vertretene islamische Kapital passte besser zur ÖVP. Außerdem waren Bewegungen des Politischen Islam bereits von der SPÖ besetzt.

In der SPÖ hält Gemeinderat Omar al Rawi, der in Personalunion als Integrationsbeauftragter der offiziellen Islamischen Glaubensgemeinschaft fungiert, die wichtigste Position als Kontaktmann zum Politischen Islam aufrecht. Seine freundliche Fassade bröckelt immer dann, wenn es um sei wahres Herzensanliegen, die Mobilisierung gegen Israel, geht. Schon in der Vergangenheit trat er immer wieder als einpeitschender Redner auf Demonstrationen arabischer und türkischer Islamisten auf, die sich der Solidarität mit dem Hamas-regierten Gaza verschrieben hatten. Zuletzt kam ich vergangenen Freitag zufällig gerade aus der Nationalbibliothek, als mir schon von weitem die wutentbrannte Stimme al Rawis entgegenschlug. Vor einer aufgepeitschten Menge schimpfte er über das "Freiluftgefängnis" Gaza in dem "eineinhalb Millionen Menschen eingesperrt sind", huldigte ein bisschen dem

Martyrerkult, indem er donnerte, dass die palästinensischen Opfer "nicht umsonst gestorben" wären und deren Kampf weitergeführt werden sollte. Unterbrochen wurde er nur durch antiisraelische Parolen einer aufgebrachten Menge, die Israel als „Terrorist“ und „Kindermörder“ bezeichnete. Al Rawi war sich seiner Sache sicher, konnte er sich doch explizit auf den einstimmigen Beschluss des Wiener Gemeinderates beziehen, der Israel einseitig verurteilte, und den er stolz vor einer Menge mit türkischen, iranischen und Hizbollah-Fahnen präsentierte.

Aber auch die Grünen, bei denen Omar al Rawi vor seinem Einstieg in die SPÖ kurzzeitig anzudocken versucht hatte, schielen auf dieses Wählerpotential. Alev Korun besuchte in ihrer Zeit als Gemeinderätin dieselben Moscheevereine auf der Suche nach Grünen Stimmen, wie Omar al Rawi. Im Nationalrat versucht sie es mit der Zusammenarbeit mit dem Nachwuchs der Glaubensgemeinschaft und bewirbt gemeinsam mit der Grünen Bildungswerkstatt Wien Farid Hafez Buch über „Islamphobie“, in dem sämtliche säkularen Kritiker und Kritikerinnen des politischen Islam, inklusive ihres eigenen Parteikollegen Efgani Dönmez, mit der FPÖ in einen Topf geworfen werden und die Verteidigung vor Pauschalvorwürfen zur Pauschalverteidigung vor Kritik benutzt wird.

Migranten als billige Wählerstimmen?

Diese Form der politischen Mobilisierung ethnischer und religiöser Communities nimmt zumindest billigend in Kauf, dass ethnisierte und religiös aufgeladene Konflikte nach Wien importiert werden und hier zur Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas beitragen. Für einige vermeintlich billige Wählerstimmen werden nationalistische und von religiöser Intoleranz geprägte Ressentiments benutzt und verfestigt.

Dabei geht es nicht darum, dass Österreicher mit Migrationshintergrund politisch aktiv sind. Ich gehöre zu jenen, die schon lange bevor bei den Nationalratswahlen 2008 die erste Abgeordnete mit türkischem Migrationshintergrund in den Nationalrat eingezogen ist, die mangelnde Offenheit der Parteien für Migranten kritisierte. Es ist beschämend, dass erst 2008 die erste Abgeordnete mit Migrationshintergrund aus der Türkei in den Nationalrat einzog. Beschämend ist aber auch, dass damit immer noch kein Nachkomme der in den 1960er-Jahren angeworbenen „Gastarbeiter“ im Nationalrat sitzt, sondern nur eine Abgeordnete aus der türkisch-kemalistischen Oberschicht.

Wer Migrantinnen und Migranten ernst nimmt, darf sie allerdings nicht nur zur Mobilisierung von Wählerstimmen aus den Communities missbrauchen, sondern muss ihre politischen Einstellungen ernst nehmen. Dazu gehört es auch, dass nationalistische, rassistische und antisemitische Mobilisierungen von Migranten genauso ernst genommen werden, wie der Rechtsextremismus in der Mehrheitsgesellschaft und ihnen entsprechend politisch entgegengetreten werden muss, anstatt diese klammheimlich zu fördern.

Hobby-Außenpolitiker

Während sich die österreichische Außenpolitik schon seit Jahren fast vollständig aus der internationalen Politik verabschiedet hat und das Büro von Außenminister Spindelegger lieber gegen Vorträge emeritierte Professoren der Politikwissenschaft interveniert, wenn diese in

ihren Vorträgen die Frage stellen, ob Österreichs Außenpolitik „hinternational“ wäre, treten auf Gemeinde- und Länderebene eine ganze Reihe von Hobby-Außenpolitikern auf, die Konflikte der internationalen Politik offenbar mit einer billigen Spielwiese für die eigene Wählermobilisierung verwechseln.

Die Folge dessen ist nicht, dass Österreichs Außenpolitik weniger „hinternational“ (Zitat Helmut Kramer) würde, sondern dass es hierzulande zu einer Ethnisierung von Politik kommt. Gerade in Zeiten zunehmender Verknappung von Ressourcen und einer multiplen Krise von Ökonomie, Politik und Ökologie, ist dies ein Spiel mit dem Feuer!

Thomas Schmidinger ist Lektor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und seit Jahren für verschiedenen NGOs und wissenschaftlich im Integrationsbereich tätig.